

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Herrn Winrich Granitzka

Rathaus · 50667 Köln
Fon 0221. 221-23830
Fax 0221. 221-23833
fdp-fraktion@stadt-koeln.de
www.fdp-koeln.de

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 27.06.2011

AN/1365/2011

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	04.07.2011

Mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Unterführungen zwischen Hauptbahnhof und Rhein

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zu setzen.

Die Unterführung der Johannisstraße zwischen dem Busbahnhof Breslauer Platz und der Ecke Alter Wartesaal wird seit Jahren als dauerhafter Aufenthaltsort von Obdachlosen und Drogenabhängigen genutzt, da diese Umgebung überdacht und vor Witterungseinflüssen geschützt ist. Außerdem verrichten Personen hier ihre Notdurft, was im Hauptbahnhof nur noch gegen Gebühr möglich ist.

Aufgrund der starken Verunreinigungen, u.a. durch Fäkalien, und der damit einhergehenden Geruchsbelästigung ist die angesprochene Straßenpassage zur Durchquerung kaum noch zumutbar. Auf Passanten und Touristen, für die die Zustände deutlich wahrnehmbar sind, hinterlässt die Unterführung in unmittelbarer Nachbarschaft zum Weltkulturerbe Kölner Dom einen abstoßenden Eindruck.

Auch die übrigen Unterführungen am Brückenkopf der Hohenzollernbrücke (Trankgasse, Domhof, Bahndammstraße, Verlängerungen Am alten Ufer und Auf dem Brand, Enden des Rheinufertunnels) machen einen verwahrlosten Eindruck und werden als Urinal oder Lagerstätte genutzt.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Inwieweit fällt die beschriebene Situation in die Zuständigkeit der Stadt Köln?

2. Inwieweit gehört der Bereich der Unterführungen zum Eigentum der Deutschen Bahn?
3. Inwieweit können Maßnahmen ergriffen werden, die diese Situation deutlich entschärfen?
4. Wie beurteilt die Stadtverwaltung den Vorschlag, die Sauberkeit dieser Unterführungen komplett in städtische Verantwortung zu übernehmen, um nicht vom Wohlwollen der Deutschen Bahn abhängig zu sein?
5. Welche Schritte sind dafür erforderlich?

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Ulrich Breite
Fraktionsgeschäftsführer

gez.
Volker Görzel
Sprecher im AVR